

Kinder brauchen mehr / Jugend braucht mehr

BERLIN, 10.11.2021. „Vieles ist gut auf den Weg gebracht worden, doch sehr vieles ist noch zu tun, das Leiden der Kinder unter den Folgen der Corona-Pandemie ist erdrückend“, könnte ein Fazit der hochkarätig besetzten vierstündigen Fachtagung sein. Auf der Basis aktueller Erfahrungen und wissenschaftlicher Erkenntnisse beleuchteten und diskutierten Expert:innen am 9. November 2021 in Berlin die Lebenssituationen von Kindern und Jugendlichen unter Pandemiebedingungen. Damit setzte das breit aufgestellte Verbändebündnis „Kinder brauchen mehr / Jugend braucht mehr“, sein bereits im Frühjahr begonnenes Engagement fort.

Ziel war und ist es, den weitreichenden negativen Folgen der Corona-Pandemie auf die physische und psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen konkrete Maßnahmen entgegenzusetzen, um die Belastungen zu verringern. Das wurde im März von der Politik eingefordert. Doch: Wie weit ist die Umsetzung bislang gelungen und welche weiteren Schritte sind jetzt von Seiten der Politik erforderlich? Das waren zentrale Fragen der gestrigen Tagung, an der auch Anja Karliczek (CDU), geschäftsführende Bundesministerin für Bildung und Forschung, als Podiumsmitglied teilnahm.

Zum Start der Veranstaltung, die unter der Schirmherrschaft des Gesprächskreises II (GK II), einem Verbund von 36 Psychotherapeutischen Berufs- und Fachverbänden stand, übermittelte Vorstandsmitglied Michaela Willhauck-Fojkar ein Grußwort der Bundespsychotherapeutenkammer. Sie äußerte unter anderem den Wunsch, dass das Motto der Veranstaltung zum Leitgedanken des Handelns der neuen Bundesregierung werden möge.

Prof. Dr. phil. Stefanie Schmidt, Professorin für Klinische Psychologie des Kindes- und Jugendalters an der Universität Bern, skizzierte aktuelle Forschungsergebnisse zur Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen in der Corona-Pandemie. Sie berichtete von einem in vielen nationalen wie internationalen Studien belegten erhöhten psychotherapeutischen Behandlungsbedarf bei Kindern- und Jugendlichen, wobei sich je nach Entwicklungsphase psychische Störungen in unterschiedlichen Reaktionen äußerten. Zu erwarten sei, dass sich die Probleme mit der Rückkehr zur Normalität fortsetzen. Ein Monitoring und Unterstützungsangebote zur Förderung der psychischen Gesundheit im Kindes- und Jugendalter seien dringend erforderlich.

Die Sicht von Kindern und Jugendlichen wurde per Videoeinspieler einbezogen. Deren Berichte von Krankheitsangst, Streit in der Familie, Einsamkeit und Lernproblemen belegten auf berührende und eindrucksvolle Weise deren Nöte und psychische Probleme. Äußerungen von Eltern, Lehrer:innen und pädagogischen Fachkräften ergänzten eindrücklich, wie massiv die Einschränkungen in das Leben der Kinder und Familien eingegriffen haben und welche Spuren dies hinterlassen hat. Sichtbar wurde: Schulische Defizite sind leichter aufzuarbeiten als mangelndes In-Beziehung-sein und Vereinsamung der Heranwachsenden, die sich noch in der Entwicklung befinden.

Die Psychotherapeutin Dr. Johanna Thünker machte deutlich, dass es bereits vor der Pandemie eine eklatante Unterversorgung im Kinder- und Jugendlichenbereich gegeben habe. Die Corona- Pandemie zeige, wie unter einem Brennglas, den vermehrten Bedarf an psychosozialer und psychotherapeutischer Unterstützung. Nun sei der Mangel nicht mehr zu leugnen, eine Vielzahl von Maßnahmen seien erforderlich, wie zum Beispiel eine verstärkte Nutzung diagnostischer Instrumente zur Früherkennung und der Ausbau von Gruppenpsychotherapie. Des Weiteren seien eine Etablierung von Primär- und Sekundärprävention mit Blick auf die Gruppen der Risikopatient:innen ebenso notwendig wie ein Ausbau der Forschung, um Bedarfe zu ermitteln.

Ariadne Sartorius, Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutin und Initiatorin des Verbändebündnisses, hatte – im Nachgang der Veranstaltung vom vergangenen März – alle zuständigen Landes- und Bundesministerien zur Umsetzung der eingeforderten Maßnahmen für Kinder und Jugendliche befragt. Die vorgetragenen Ergebnisse zeigten ihrer Einschätzung nach, dass die Zielgruppen von diesem bunten Potpourri von vor allem regionaler Hilfsangeboten auf Landesebene meist nicht oder nur unzureichend erreicht würden. Die eigentlich gute Idee des Projektes „Aufholen nach Corona“ des Familien- und Kultusministeriums im Umfang von zwei Milliarden Euro wirke nur bedingt, da es zu viele unterschiedliche und heterogene Maßnahmen umfasse, sodass die Wirkung der finanziellen Förderung damit ineffizient werde. Ihr Fazit: „Die Angebote sind inhomogen, es ist unklar, was zu bestehenden Angeboten neu dazugekommen ist, was in der Finanzierung langfristig gesichert ist.“ Vereinheitlichung, Überblicke und Zusammenführung seien, so Ariadne Sartorius, dringend erforderlich, da zudem viele Projekte den Zuweisenden wie auch den Familien nicht bekannt seien.

Anja Karliczek (CDU), geschäftsführende Bundesministerin für Bildung und Forschung, erwiderte im Rahmen der Podiumsdiskussion, mit dem Projekt „Aufholen nach Corona“, das sie gemeinsam mit Familienministerin Franziska Giffey entwickelt und finanziert habe, hätten sie den Stein ins Wasser werfen und etwas anstoßen wollen, um dann nach einem Jahr zu schauen: Haben wir die durch die Pandemie verstärkten Defizite und Probleme gut aufgearbeitet? Diese Prüfung müsse nun ihre:n Nachfolger:in vornehmen. Ihr Ausgangspunkt sei gewesen: „Es gibt gute Strukturen vor Ort in den Ländern, denen man mehr Geld geben und die man unterstützen kann.“ Man habe nicht etwas machen wollen, was außerhalb der bewährten Strukturen stehe. An Bestehendes anzuknüpfen, erhöhe zudem die regionale Auffindbarkeit.

Dr. Petra Kapaun vertrat die Position der Kinder- und Jugendärzt:innen und richtete ihren Blick auf die Arbeit in der Praxis: „Ich sehe täglich 50 bis 70 Familien pro Tag mit ihren Kindern: Da zeigt sich nach Corona ein riesengroßes Paket an Problemen.“ Sie vermisse in ihrer Arbeit einen Katalog mit passgenauen Angeboten. „Ich fühle mich wie eine Universalsozialarbeiterin, das ist alleine nicht zu leisten.“

Die am Universitätsklinikum Regensburg und an der IU Internationalen Hochschule tätige Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutin Prof. Dr. phil. Beate Leinberger sagte, es sei unglaublich schwierig in Erfahrung zu bringen, wer was an Unterstützung anbiete. Was gar

nicht kommen dürfe, seien neue Schulschließungen und Vereinsausschlüsse für Kinder, die nicht geimpft seien: „Hier müssen wir dringend eingreifen.“

Dr. Bernhard Gibis von der Kassenärztlichen Bundesvereinigung resümierte, ihm zeige sich ein Bild, in dem unheimlich viele wohlmeinende Gewerke das Richtige tun wollten, aber nicht wüssten, was die jeweils anderen machten. Er überraschte mit der Aussage, die Einzelpraxis sei ein Auslaufmodell, man müsse künftig Verbünde und Netzwerke, wie bei der sogenannten „Komplexrichtlinie“, zur Behandlung von schwer psychisch erkrankten Menschen bilden. Nun sei es an der Zeit, eine solche Richtlinie passgenau auch für Kinder und Jugendliche zu entwickeln. Die KBV arbeite daran, Plattformen zu schaffen und verwies unter anderem auf die Terminservicestelle unter der 116117 als Erfolgsmodell. Er forderte auch, man müsse künftig mehr interministerielle Arbeitsgruppen einsetzen.

Heiko Borchers, Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut (KJP) und Sprecher der Landespsychotherapeutenkammer Schleswig-Holstein, entgegnete, man könne Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut:innen nur vernetzen, wenn es von ihnen auch genug gebe. In den Zulassungsausschüssen der Kassenärztlichen Vereinigungen säßen oft Kassenvertreter:innen, die aus finanziellen Gründen gegen Sonderbedarfe und Ermächtigungen seien. Er forderte, die Quote für Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut:innen dem Bedarf entsprechend, zum Beispiel per Bundesratsinitiative, auf 25 Prozent zu erhöhen.

Dr. Reinhard Martens, Facharzt für Kinder- und Jugendpsychiatrie und Psychotherapie, machte deutlich: „Vieles ist gut auf den Weg gebracht worden, vieles ist noch zu tun, aber das Leid der Kinder ist erdrückend.“ Man müsse zwar feststellen, dass auch vieles gut gelaufen sei, aber dass es nicht reiche. Ziel müsse sein, möglichst vielen Kindern auf Basis der regionalen Gegebenheiten zu helfen, dazu seien verbesserte Strukturen erforderlich, stimmte er Frau Prof. Dr. Leinberger zu.

Die Ministerin warb am Ende für Verständnis so manche Hürden in der Umsetzung. Es gebe immer wieder Diskussion um die Übernahme von Projekten auf Landesebene: „Wir stoßen etwas an und sagen nach einem gewissen Zeitraum: Wenn ihr das weitermachen wollt, müsst ihr es jetzt dauerhaft übernehmen“. Ganz oft geschehe das nicht. Ihre Überzeugung: „Wir sollten weniger Neues machen, wir vernetzten besser die guten Dinge, die es schon gibt und machen sie besser sichtbar.“

Die veranstaltenden Verbände waren:

- Verband Psychologischer Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten
- ([VPP](#) im BDP) e. V.
- Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie ([DGVT](#)) e. V.
- Arbeitsgemeinschaft für Verhaltensmodifikation ([AVM](#)) e. V.
- Berufsverband der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutinnen und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten ([bki](#)) e. V.
- Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte ([bvki](#)) e. V.
- Bundesverband der Vertragspsychotherapeuten ([bvvp](#)) e. V.
- Deutscher Dachverband GESTALTHERAPIE für approbierte Psychotherapeut:innen ([DDGAP](#)) e. V.
- Deutsche Fachgesellschaft für Tiefenpsychologisch fundierte Psychotherapie/
- Psychodynamische Psychotherapie ([DFT](#)) e. V.
- Deutsche Gesellschaft für Systemische Therapie, Beratung und Familientherapie ([DGST](#)) e. V.
- Deutsche Psychotherapeutenvereinigung ([DPTV](#)) e. V.
- Deutscher Fachverband für Verhaltenstherapie ([DVT](#)) e. V.

- [Ethikverein](#) e. V.
- Gesellschaft für Personenzentrierte Psychotherapie und Beratung ([GwG](#)) e. V.
- Systemische Gesellschaft ([SG](#)) – Deutscher Verband für systemische Forschung, Therapie, Supervision und Beratung e. V.
- Vereinigung Analytischer Kinder- und Jugendlichen-Psychotherapeuten in Deutschland ([VAKJP](#)) e. V.

Zusätzliche Informationen zum Thema finden Sie auf der Website. Dort finden Sie auch vollständige Programm der gestrigen Veranstaltung mit allen Referent:innen und Teilnehmer:innen, sowie die Pressemappe:

<https://vpp.org/cms/kinder-brauchen-mehr-jugend-braucht-mehr>

Ansprechpartner:innen für Medien:

Verbändebündnis „Kinder brauchen mehr / Jugend braucht mehr“

DGVT Bundesgeschäftsstelle

Hanna Pfeiffer, Christine Holk – Referentinnen für Öffentlichkeitsarbeit

Tel.: 07071 9434-19 | 07071 9434-18

E-Mail: [mailto: presse@dgvt-verbund.de](mailto:presse@dgvt-verbund.de)